



**Gemeinderat Schüttringen**  
**Sitzung des Gemeinderats vom 13.12.2017**

Anwesend:

Bürgermeister Jean-Paul JOST (Schëtter Bierger), Schöffe Claude MARSON (LSAP), Schöffe Vic BACK (Schëtter Bierger), Räte Serge Eicher (DP), Nora FORGIARINI (Dei Gréng), Jean-Pierre KAUFFMANN (DP), Jim RONK (DP), Serge THEIN (Schëtter Bierger), Claude THEISEN (Schëtter Bierger), Nicolas WELSCH (DP).

Alain DOHN (Sekretär)

Entschuldigt: Jérôme LEHNERTZ (CSV)

Bürgermeister **Jean-Paul JOST (Schëtter Bierger)** begrüßt die anwesenden Räte, die Presse und die anwesenden Bürger/innen zur letzten Sitzung 2017. Einleitend berichtet der Bürgermeister über folgende Themen/Termine:

Für den Gemeinderat wird eine passwortgeschützte Plattform eingerichtet auf der alle relevanten Dokumente abrufbar und archiviert werden. Er bittet um Wahrung der Vertraulichkeit bezüglich der nicht öffentlichen Dokumente.

Zur aktuellen Situation der Diskussion um den neuen CFL Fahrplan merkt er an, dass man sich gemeinsam mit den Gemeinden Biwer und Betzdorf an allen Aktionen und Gesprächen beteiligt, auch ein Termin mit Minister Bausch sei in Aussicht gestellt worden.

Am kommenden Mittwoch ist die Schecküberreichung der „Fête de la Musique“ an die „Fondation EME“ geplant.

## **1. Politik**

### **1.1. Diskussion über das Programm des Bürgermeisters und des Schöffenrats**

Es findet eine offene Aussprache über die Schöffenratserklärung statt mit folgenden Stellungnahmen:

**Nicolas WELSCH (DP):** Nicolas WELSCH bedauert, dass die Schöffenratserklärung viele Evidenzen und vage Absichtserklärungen enthalte und, dass wenig resolut konkrete Projekte geplant würden. Insbesondere sei man nicht der Meinung, dass man der Entwicklung der allgemeinen Rahmenbedingungen machtlos gegenüberstehe. Es gelte vielmehr die Autonomie der Schöffen- und Gemeinderats zu nutzen, um insbesondere das von den Bürgern gewollte maßvolle Wachstum der Gemeinde zu steuern. Dieses sei bereits 2003 im Dorfentwicklungsplan und 2014 im Avis über die sektoriellen Leitpläne einstimmig festgehalten worden. Stattdessen lese sich die Schöffenratserklärung wie eine Verwässerung der Wahlversprechen der Koalitionspartner der Schëtter Bierger.

Zum Thema Transparenz bedauert Rat Welsch, dass keine Bürgerversammlung zur Vorstellung der Ziele des neuen Schöffensrats einberufen wurde. Auch seien keinerlei Ambitionen zur Entwicklung der Industriezone erkennbar. Zu geplanten Veröffentlichung von Wasser- und Luftanalysen vermisst Nicolas WELSCH (DP) Details wo diese Messungen stattfinden sollen. Gleiches gelte für die angekündigte verbrauchsabhängige Gestaltung der Wasser- und Abwasserpreise sowie die geplante Windenergie.

Generell sei anzumerken, dass viele Themen wie beispielsweise Mobilität und Infrastrukturen nicht mit konkreten Projekten benannt seien, sondern nur unter Verweis auf das Budget erwähnt würden. Die DP fordere insbesondere einen Radweg entlang der Autobahntrasse zwischen dem Findel und der Kläranlage. Die wichtigsten Straßenverbindungen in der Gemeinde müssten allesamt mit separaten Radspuren ausgebaut werden.

**Stellungnahme Jean-Paul JOST (Schëtter Bierger):** Der Bürgermeister merkt an, dass sich am Ziel des moderaten Gemeindegewachstums nichts geändert habe und dies klar aus der Schöffensratsklärung hervorgeht. Klar sei auch, dass man aber nach wie vor hohen Siedlungsanforderungen bei weiter steigenden Immobilienpreisen ausgesetzt sei. Der Schöffensrat werde wo immer möglich sinnvoll von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch machen um den sozialen Wohnungsbau zu fördern und der Spekulation Einhalt zu gebieten. Auch werde man bei der Genehmigung neuer Wohngebiete auf eine gesunde soziale Mischung achten. Bei der Veröffentlichung von Schadstoffwerten und Analysen habe man sich einem staatlichen Programm angeschlossen. Im Sinne der Transparenz werde man die Ergebnisse selbstverständlich veröffentlichen. Zur Lichtverschmutzung merkt der Bürgermeister an, dass die bestehenden Leuchten sukzessive auf LED Leuchten umgestellt und die Ausleuchtungskriterien öffentlicher Einrichtungen überarbeitet werden. Bei allen Maßnahmen wird aber stets die Sicherheit der Bürger Vorrang haben. Zur Windenergie werde eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben – hier gelte es insbesondere die Auflagen des Flughafens zu beachten. Was die alljährliche Informationsversammlung der Bürger angeht so wären diese, von dem vorherigen Schöffensrat, in den letzten Jahren nur unregelmäßig abgehalten worden. Man werde aber versuchen in Zukunft in regelmäßigen Abständen Informationsversammlungen abzuhalten. In Punkto Mobilität werde ein Gesamtkonzept ausgearbeitet, entsprechende Studien seien bereits durchgeführt. Dieses beinhalte auch das Radwegenetz innerhalb der Ortschaften sowie ein Parkraumkonzept. Was den verbrauchsabhängigen Wasserpreis angeht, so werde man die Preise so staffeln, dass diejenigen mit einem überdurchschnittlichen Verbrauch einen höheren Preis zahlen werden. Parallel hierzu würden auch die versiegelten Flächen ermittelt und berücksichtigt. Dies zur Festlegung der Abwasserpreise.

Generell gelte dass alle Projekte im Budget und im Fünf-Jahresplans berücksichtigt sind.

**Claude THEISEN (Schëtter Bierger):** Ziel der Gemeindeentwicklung sei die hohe Lebensqualität in der Gemeinde zu erhalten. Dafür müssen die Gemeindedienste ausgebaut und bürgernah gestaltet werden. Bei Bedarf müsse auch der Schulcampus aus- und umgebaut werden. Die Jugend soll mehr in die Gemeindepolitik eingebunden werden. Ältere Mitbürger sollen sich ebenfalls wohlfühlen, weshalb auch intergenerationelle Wohnprojekte geprüft würden. Um den kulturellen Austausch für Jung und Alt zu fördern, müsse der Kirchenplatz neugestaltet werden. Die Prüfung einer Arbeitsgruppe habe ergeben, dass die Gemeinde ein neues Kulturzentrum benötigt. Die örtlichen Vereine werden weiterhin so gut wie möglich bei ihrer Arbeit unterstützt. Auch das Fuß- und Radwegenetz werde ausgebaut.

**Jim RONK (DP):** In Ergänzung der Stellungnahme von Nicolas WELSCH(DP), geht Jim RONK auf diverse Detailpunkte ein.

Der Kommentar zum moderaten Gemeindewachstum klinge wie eine Kapitulation.

Die Integration der Umweltkommission in das Klimateam ist aus seiner Sicht eine Doppelbesetzung von Posten, zumal das Team damit auf 25 Personen anwächst und nicht mehr beschlussfähig sei.

*Wohnungsbau:* Eine Verkehrsberuhigung bei gleichzeitigem Ausbau von Wohngebieten sei nicht möglich. Auch brauche es keine separate Zielsetzung in der Schöfferratserklärung zur Genehmigung kleiner Geschäfte in Wohngebieten. Rat Ronk bittet um Erläuterung was mit der Genehmigung von Carports gemeint sei. Neben der Vermietung von sozialem Wohnraum gelte es auch alternative Formen wie Mietkauf zu prüfen.

*Kultur und Vereine:* es sei aus Sicht der DP nicht sinnvoll zwei getrennte Strukturen für Kulturveranstaltungen und Feste zu bauen. Eine Umfrage unter den Vereinen habe ergeben, dass ein Centre Culturel Lärmbelästigung der Anwohner und Parkplatzprobleme bedeutet. Die DP schlägt vor ein künftiges Kulturzentrum in der Industriezone anzusiedeln und nicht im Ortskern. Er bittet um Information ob die bestehende Arbeitsgruppe zu diesem Thema bestehen bleibt.

*Jugend und Familie:* Ziel des Schöffendrats sei es Jugendliche beim Finden einer Arbeitsstelle zu unterstützen. Hier müsse die Gemeinde mit gutem Beispiel vorangehen und bei eigenen Ausschreibungen die geforderte Berufserfahrung nicht in den Vordergrund stellen. Die Förderung des Elternurlaubs für Väter könne nicht über die Gemeinde gesteuert werden.

*Energie und Umwelt:* Der Schutz der Trinkwasserquellen sei keine Wunschveranstaltung, sondern ein Muss. Die Installation von Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden solle nicht über Bürgerpartizipation geschehen sondern auf Kosten und Rechnung der Gemeinde.

**Stellungnahmen: Jean-Paul JOST (Schütter Bierger):** Es sei klar, dass, dem im Rahmen des Dorfentwicklungsplanes festgelegten Einwohnerwachstums, auch bei der Ausarbeitung des Bebauungsplanes Rechnung getragen wird. Die Integration der Umweltkommission in das Klimateam mache Sinn, da so weniger Informationen verloren gingen. Dennoch solle die Umweltkommission als beratendes Gremium neutral bleiben können. Auch sei die Größe des Klimateams mit 25 Mitgliedern nicht kritisch, da selten alle Mitglieder während der Sitzungen gleichzeitig anwesend seien. Die Voraussetzungen für die Ansiedlung kleiner Geschäfte in Wohngebieten werden über den Bebauungsplan und über Teilbebauungspläne geregelt so dass jeder Bürger beim Kauf eines Baugrundstückes von vornherein klar weiß was in dem betreffenden Baugebiet möglich ist. Zukünftig werden sowohl Garagen als auch die wesentlich günstigeren Carports genehmigt. Im Bereich sozialen Wohnungsbau bevorzugt die Gemeinde, die Objekte selber zu halten um der Spekulation vorzubeugen. Das Centre Culturel gehört nach Ansicht des Schöffendrats ins Dorfzentrum, damit der Dorfkern nicht ausstirbt. In einer Industriezone sind solche Einrichtungen baurechtlich nicht erlaubt. Kultur gehört ins Dorf – selbstverständlich im Einklang mit den Interessen und Bedürfnissen der Anwohner. Problematisch mit den bestehenden Strukturen sei die Lage im Schulzentrum in Münsbach und die starke Nutzung durch die Vereine. Geplant seien ein soziales und ein kulturelles Zentrum in der Dorfmitte. Daneben wolle man eine einfache Halle für diverse Nutzungen bauen, dies in einer einfachen und kostengünstigeren Ausführung. Der Bedarf für das Kulturzentrum an sich in dem auch die Proberäume für die Kulturvereine integriert werden sollen, sei von einer Arbeitsgruppe bereits ausgearbeitet worden. Eine Verkehrsberuhigung nahe der Grundschule in Münsbach ist über eine 30iger Zone geplant.

Die Förderung des Vaterschaftsurlaubs gelte für Gemeindemitarbeiter, nicht die breite Bevölkerung. Zur Förderung von Arbeitsplätzen für junge Menschen sei eine engere Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Betrieben geplant.

Schöffe **Claude MARSON (LSAP)** ergänzt, dass durch die geplanten Änderungen die Kommunikation im Klimateam neu belebt werden solle und die demokratischen Prozesse gefördert werden sollen. Zu den Carports merkt er an, dass insbesondere bei Niedrigenergiehäusern der Bau von Garagen schwierig sei und Carports im aktuellen Bautenreglement nicht vorgesehen seien.

**Serge EICHER (DP):** Serge EICHER beschränkt seine Stellungnahme auf einige Kernthemen.

*Kommunikation:* Grundsätzlich werde begrüßt, dass der Schöffenrat sich engagiert die Bürger adäquat zu informieren, auch über elektronische Medien. Überschneidungen sollten allerdings vermieden werden und die SMS2Citizen könnte durch Push- Notifikationen ersetzt werden. Die Internetpräsenz der Gemeinde müsse zeitnah aktualisiert und besser strukturiert werden. Das Budget der Gemeinde sollte auf der Webseite veröffentlicht werden. Auch der elektronische Versand von Rechnungen der Gemeinde sollte auf Wunsch möglich sein. Abschließend regt er die Übertragung der Gemeinderatssitzungen per live-stream an.

*Finanzen:* Das Thema Gemeindefinanzen fehlt komplett in der Schöffenratserklärung. Man habe ein klares Bekenntnis zur Nachhaltigen Verwaltung der Reserven und Einnahmen erwartet. Auch hätte mit der Beibehaltung des niedrigen Gewerbesteuersatzes ein klares Signal für die Konkurrenzfähigkeit der Industriezone gewesen. Es sei sicher sinnvoll innovative Firmen in der Industriezone anzusiedeln, erste Priorität müsse jedoch die Füllung der Baulücken sein.

*Schul- und Kinderbetreuung:* Aktuell seien die Klassen mit bis zu 20 Kindern zu groß. Es müsse daher schon jetzt eine Anpassung der Schul-Infrastrukturen geplant werden. Auch müsste eine Renovierung und Modernisierung der Klassensäle angegangen werden um modernen pädagogischen Konzepten Rechnung zu tragen. Wünschenswert wäre auch die Teilnahme an Pilotprojekten zur Digitalisierung.

*Jugend und Vereine:* Der Jugendkommunalplan müsse überarbeitet und eine Bestandsaufnahme gemacht werden. Diese Analyse müsse an die Jugendlichen kommuniziert werden. Auch müssten die Jugendlichen besser in die Entscheidungen der Gemeinde eingebunden werden – über welchen Weg auch immer. Auch sollten Projekte zur politischen Bildung für Kinder und Jugendliche umgesetzt werden um diese für ein Engagement auf kommunaler Ebene zu motivieren.

*Benevolat:* das in der Gemeinde geleistete Benevolat müsse in allen Bereichen besser anerkannt werden.

**Stellungnahme Jean-Paul JOST (Schëtter Bierger):** Im Bereich Kommunikation sei man für alle Ideen offen, und man sei dabei Trackingsysteme zu prüfen. Allerdings müsse jede neue Kommunikationsmöglichkeit stetig aktualisiert werden. Hierbei müssen immer Personalengpässe und budgetäre Beschränkungen berücksichtigen werden. Eine neue Internetpräsenz mit verbesserten Funktionen und aktualisiertem Inhalt sei bereits in Arbeit. Die nachhaltige Verwaltung der Gemeindefinanzen sei selbstredend und die wesentlichen Projekte seien im Budget enthalten.

Der Gewerbesteuersatz bleibt unverändert und man arbeite weiter eng mit der Entente der Industriezone zusammen um Betriebe mit einer minimalen Mehrbelastung für die Gemeinde anzusiedeln.

Die Schul- und Kinderbetreuung wird im Wesentlichen durch das Ministerium gesteuert, unter anderem was die Größe der Schulklassen angeht. Die Digitalisierung sei bereits auf dem Weg, aktuell läuft ein Projekt bei welchem die Schüler verstärkt mit I-Pad arbeiten. Das Feedback des Schulinspektors und des Lehrpersonals sei durchweg positiv.

Zur Jugendpolitik merkt der Bürgermeister an, dass man sich der Herausforderung, die Jugend im Interesse der Gemeinde zu motivieren bewusst sei und alles daransetze, die Resultate auch umzusetzen. In Sachen Benevolat habe man in der Schöfferratserklärung ganz klar bestätigt, dass man alle Aktionen im Freiwilligenbereich unterstützen werde. Man wolle auch gerne den Hinweis zur Belohnung des Benevolats aufnehmen und sehen in welcher Form man dies in Zukunft anstreben könne.

**Nora FORGIARINI (Déi Greng):** Die Linie und Ideen des grünen Koalitionspartners seien in der Schöfferratserklärung klar erkennbar und man werde versuchen diese in der Mandatsperiode umzusetzen. In der Koalition herrsche eine Aufbruchsstimmung und man werde im Schöfferrat an einem Strang ziehen.

**Jean-Pierre KAUFFMANN (DP):** Rat KAUFFMANN merkt an, dass viele ältere Ideen in der Absichtserklärung enthalten sind. Er fragt was gemeint sei mit der Aussage, dass der Mediationsdienst an die Bedürfnisse der Bürger angepasst werden müsse. Im sozialen Wohnungsbau müsse das Konzept des Mietkaufs geprüft werden. Das Konzept des Radwegenetzes müsse mit Blick auf die staatlichen Subsidien von 30% auch auf den Anschluss an das nationale Netz geprüft werden.

Stellungnahme **Jean-Paul JOST (Schëtter Bierger):** Was den Mediationsdienst angeht so müsse man regelmäßig im Auge behalten welche Themen hier anfallen und ob man auch die entsprechenden kompetenten Berater hat. Des Weiteren sollte man auch kontrollieren in wie weit der Bedarf an Mediation bestehen bleibt. In Sachen Mietkauf wolle man sich wie bereits angedeutet informieren und diese Informationen auch an den Gemeinderat weiterleiten. Betreffend den Radwegen sei selbstverständlich der Anschluss an die nationalen Netze stets prioritär.

## **2. Kommunale Finanzen**

### **2.1. Präsentation der Konten 2016**

Der Bürgermeister präsentiert das Verwaltungsbudget 2016, welches mit einem Bonus von 13.481.422,11 € abschließt. Dank geht an das Gemeindepersonal und den Gemeindeglieder für die geleistete Arbeit und präzise Buchhaltung.

### **2.2. Präsentation des angepassten Budgets 2017 und des Plan-Budgets 2018**

Der Bürgermeister präsentiert im Detail das erste Budget des neuen Schöfferrats, das im Wesentlichen die Ausrichtung der Gemeindepolitik der nächsten Jahre widerspiegelt. Den kompletten Wortlaut entnehmen Sie bitte dem beigegefügteten Dokument. Das Budget steht in der ersten Sitzung 2018 zur Diskussion und Abstimmung an.

### **2.3. Genehmigung der Rechnungskonten für das Jahr 2015**

### **2.4. Genehmigung der Verwaltungskonten für das Jahr 2015**

Die Rechnungskonten und Verwaltungskonten für das Jahr 2015, welche mit einem Boni von 12.849.768,59 € abschließen, wurden vom Ministerium geprüft und es wurden keine substantiellen Anmerkungen gemacht. Die Genehmigung erfolgt einstimmig.

### **2.5. Genehmigung eines Verkaufsaktes betreffend ein Grundstück in Munsbach „An der Däilt“**

Schöffe **Vic BACK (Schëtter Bierger)** erläutert einen Verkaufsakt für ein Grundstück von 23,24 Ar zum Preis von 897.000 €. Es wurde ein Wegerecht auf einer Fläche von 2,16 Ar eingeräumt, damit der Zugang zum hinteren Teil des Grundstücks, welches beim Verkäufer verbleibt, gewährleistet ist. Dank geht an die Familie Modert für die reibungslose Abwicklung und fairen Verhandlungen – der Kauf ermöglicht es der Gemeinde sich im schulischen Raum weiter zu entwickeln.

*Die Genehmigung erfolgt einstimmig.*

## **3. Urbanismus**

### **3.1. Genehmigung einer punktuellen Änderung des PAG der Gemeinde Schuttrange betreffend Liegenheiten in Neuhaeusgen, 85 rue Principale**

Das gesamte Bauprojekt wurde bereits am 13.09.2017 genehmigt. Ein Teil des Grundstücks muss von einer Zone de faible densité in eine Grünzone umklassiert werden um eine zukünftige Bebauung zu verhindern. *Die Genehmigung erfolgt einstimmig.*

### **3.2. Genehmigung einer Konvention für die Umsetzung eines Immobilienprojektes in Neuhaeusgen, 81 rue Principale**

Die vorliegende Konvention regelt die Beteiligung an den Infrastrukturkosten im Rahmen der Teilung eines Grundstückes mit einem bestehenden Haus in zwei Bauplätze.

Rat **Nicolas WELSCH(DP)** weist auf Probleme hin die bei der eventuellen späteren Teilung des Nebengrundstücks entstehen könnten. Ab drei Grundstücken sei ein PAP erforderlich, der so umgangen werde. Durch die Teilung in zwei Etappen werde ggfs. ein Präzedenzfall geschaffen. Rat **Jean-Pierre KAUFFMANN(Schëtter Bierger)** ergänzt dass alle Bauherren gleich behandelt werden müssten.

Laut Bürgermeister **Jean-Paul JOST (Schëtter Bierger)** sei dies ein typischer Fall von Nachverdichtung. Was das Nebengrundstück angeht, so steht hier das Haus der Eigentümer der die Grundstücke verkauft welche jetzt aufgeteilt werden. Der Abriss dieses Hauses und die Einteilung dieses Grundstückes stehen im Moment nicht zur Diskussion. In Zukunft wird mit dem neuen Bebauungsplan zudem in einem „Quartier existant“ kein PAP mehr erforderlich sein, sondern die Einteilungen werden über Stückelungen geschehen, die vom Gemeinderat genehmigt werden müssen. Selbstverständlich werden auch in Zukunft alle Anträge gleichbehandelt. Die Genehmigung erfolgt bei drei Enthaltungen (Räte **KAUFFMANN (DP)**, **RONK (DP)** und **EICHER(DP)**) und einer Gegenstimme (Rat **WELSCH(DP)**).